



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Schule,
Bildung und Sport
der Stadt Rheinbach
Herrn Bernd Beißel
Rathaus
53359 Rheinbach

53359 Rheinbach, den 15.03.2013

Sehr geehrter Herr Beißel,

namens der SPD-Fraktion beantragen wir:

Der Bürgermeister wird beauftragt, mit allen Rheinbacher Schulleiter_innen (Grundschule und weiterführende Schulen) bis spätestens zum Ende des laufenden Schuljahres in einem Gespräch zu erörtern, wie die Abschlusssquoten reduziert werden können. Neben einer Ursachenanalyse sollen auch konkrete Maßnahmen vereinbart werden.

Der Bürgermeister berichtet im zuständigen Fachausschuss von den Ergebnissen des Gesprächs.

Begründung

In der „Machbarkeitsstudie zur Entwicklung der weiterführenden Schulen in der Stadt Rheinbach“ des Unternehmens „Schulhorizonte“ heißt es auf Seite 4 (Stand: 15.11.2012):

„Die aktuellen Zahlen zum Schulformwechsel in der Sekundarstufe 1 zeigen quantitativ keine signifikanten Besonderheiten, Jediglich die hohe Anzahl (15) der Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2011/12 aus dem Gymnasium in die Realschule wechselten, fällt deutlich aus dem Rahmen.“

Landesweit gehen die sog. „Abschlusssquoten“ zurück, weil sowohl Gymnasium als auch Realschulen sich zunehmend erfolgreicher bemühen, ihre Schülerinnen und Schüler zu halten und das nicht nur, um den Bestand zu erhalten, sondern weil die Grundhaltung einer „Kultur des Behaltens“ zunehmend angenommen wird und weil flexible Konzepte der individuellen Förderung und Krisenbewältigung wirksamer werden.“

Ziel des Antrages ist, nach einer umfassenden und ganzheitlichen Ursachenanalyse ein abgestimmtes Vorgehen zu vereinbaren, wie die – begrüßenswerte – Entwicklung auf Landesebene auch in unserer Stadt realisiert werden kann. Insbesondere verdeutlichen die überdurchschnittlichen „Abschlusssquoten“ vom Gymnasium auf die Realschule Handlungsbedarf. Für die SPD-

Fraktion steht dabei fest, dass der „Schulstadt Rheinbach“ unabhängig von der konkreten Schulstruktur eine „Kultur des Behaltens“ gut zu Gesicht steht; zumal auch das Konzept der „Inklusion“ einen Bewusstseinswandel in diese Richtung erfordert.

Dabei verkennt die SPD-Fraktion nicht, dass der Stadt Rheinbach als Schulträgerin in pädagogischen Fragen, den „inneren Schulangelegenheiten“, keine direkten Einwirkungs- und Weisungsbefugnisse zustehen. Dennoch ist es unserer Auffassung nach Aufgabe des Schulträgers, mit den Schulen in einen offenen und partnerschaftlichen Austausch zu treten, wenn wie hier Fehlentwicklungen erkennbar sind.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Martina Koch

gez. Folke große Deters